

KONFERENZ DER LANDESFRAUENRÄTE KLRF 2010, Saarbrücken

An

Deutsche Bundesregierung
Deutscher Bundestag
Landesregierungen

Antrag

Abschaffung des Föderalismus im Bildungssystem - Grundgesetzänderung

Die Konferenz der Landesfrauenräte 2010 fordert den Bundestag und die Bundesregierung auf, den Föderalismus im Bildungssystem abzuschaffen. Gleichzeitig wird die Forderung nach einer entsprechenden Änderung des Grundgesetzes erhoben.

Begründung:

Der deutsche Föderalismus wird so gelebt, dass er sogar die alte Spruchweisheit „variatio delectat“ – „Vielfalt macht Freude“ ad absurdum führt:

Die Vielfalt in Deutschland gibt es, die Freude darüber im Bildungssystem nicht. Die 16 Bundesländer leisten sich 16 verschiedene Bildungssysteme, die untereinander in keiner Weise kompatibel sind und belasten damit die Länder- und Kommunenhaushalte und nicht zuletzt die Bürger selbst.

Die Anforderungen in den Gymnasien weichen so stark voneinander ab, dass z. B. Kinder und Jugendliche besser in Köln bleiben, wenn Väter und Mütter eine neue Arbeitsstelle in München antreten. Lehrer/-innen können nur unter äußerst erschwerten Bedingungen und Inkaufnahme von allen möglichen Nachteilen von einem Bundesland in das andere wechseln. Ist das Bürgernähe, von der Politiker reden, wenn sie den Föderalismus verteidigen?!

Dieser Bildungsföderalismus ist praktizierte Bürgerferne, er ist regelrecht schikanös, quält vor allen Dingen Frauen, wenn sie versuchen, Beruf und Familie „unter einen Hut zu bringen“. Hier hilft auch keine Kultusministerkonferenz, da sie den Bürgern in keiner Weise hilft. Die überall geforderte Mobilität und Flexibilität im Berufsleben könne von den Familien, insbesondere von Frauen und Kindern nicht gelebt werden. Die Benachteiligten und Betroffenen sind unter anderem in ihren Grundrechten aus Artikel 2, 3 und 6 GG verletzt.

Das Deutsche Bildungssystem, welches unter anderem im internationalen Vergleich oder doch zumindest im europäischen Vergleich wieder konkurrenzfähig werden sollte, braucht einheitliche Regelungen und eine solide von Bund und Ländern gemeinsam getragene Finanzierung. Die Konferenz der Landesfrauen fordert Bund und Länder auf, entsprechende legislative Maßnahmen zu ergreifen.